|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | Name: | Datum: | Musterprüfung Lösungen |
|  |  | | |

Lösungen für die Musterprüfung

Lösungen Aufgabe 1

|  |  |
| --- | --- |
| 1.1 | Genaue Anschrift von Arbeitgeber und Arbeitnehmer fehlen.  Weder Arbeitsort angegeben noch Hinweis auf Arbeit an verschiedenen Orten.  Keine Charakterisierung/Beschreibung der Tätigkeiten, nur Angabe der Berufsbezeichnung.  Hinweis auf Fälligkeitstermin der Lohnzahlung fehlt.  Hinweis auf Kündigungsfristen fehlt.  (4 Gesichtspunkte sind ausreichend.) |
| 1.2 | Gesetzliche Festlegung von Mindestbedingungen des sozialen Arbeitsschutzes – Beispiele:  ⚫ Kündigungsschutzgesetz: Mindestfristen für Kündigung durch Arbeitgeber, Einschränkungen in den Gründen, aus denen der Arbeitgeber kündigen kann (nicht in Kleinbetrieben).  ⚫ Arbeitszeitgesetz: Beschränkung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, Regelungen für Pausen und Ruhezeiten, Begrenzung der Sonntagsarbeit.  ⚫ Bundesurlaubsgesetz: Mindesturlaub, Urlaubsgrundsätze.  ⚫ Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz: Anspruch beider Eltern auf Elternzeit, Kündigungsschutz während der Elternzeit  ⚫ Mutterschutzgesetz: Einschränkungen der Arbeit vor der Entbindung, Arbeitsverbot vor und nach der Entbindung, Kündigungsverbot.  ⚫ ggf. Betriebsvereinbarungen, die über die Mindestbedingungen hinausgehende Regelungen enthalten. |
| 1.3 | Grafik: Zahl der Betriebe ohne Tarifbindung (47 %) und der Betriebe ohne Betriebsrat (60 %) ist gestiegen.  Erläuterung: Betriebsräte sind Interessenvertreter der Arbeitnehmer im Betrieb. Sie haben mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte als der einzelne Arbeitnehmer, z. B. bei Kündigungen, betrieblichen Veränderungen. Sie können mit dem Arbeitgeber Betriebsvereinbarungen abschließen.  Tarifverträge bringen im Vergleich zu den gesetzlichen Mindestbedingungen Verbesserungen für Arbeitnehmer, z. B. hinsichtlich der Entlohnung (Lohn- und Gehaltstarifvertrag) und der Arbeitsbedingungen, etwa Urlaubsanspruch, Kündigungsfristen (Manteltarifvertrag). |
| 1.4 | Angebot A  Begründung: Der effektive Jahreszins ist nur geringfügig höher als beim Angebot B. Die höhere Zinsbelastung aufgrund der längeren Laufzeit kann durch Sondertilgungen ausgeglichen werden. Somit ist Jonathan flexibler in der Entscheidung, in welcher Zeit er den Kredit zurückbezahlen möchte. Die monatlichen Raten sind niedriger und ein weiterer Vorteil ist, dass er keinen Bürgen stellen muss. |
| 1.5 | ⚫ Grundschuld/Hypothek: Finanzierung eines Grundstücks oder Gebäudes  ⚫ Sicherungsübereignung: Übertragung des Eigentumsrechts an dem Vermögensgegenstand an die Bank. Der Darlehnsnehmer benutzt weiter die Sache (z. B. Pkw).  ⚫ Vertragliches Pfandrecht: Werthaltige Sachen (Schmuck, Goldmünzen) werden dem Kreditinstitut als Sicherheit übergeben. |
| 1.6 | In diesem Fall liegt ein Mangel in der Güte vor (mangelhafte Verarbeitung). Jonathan kann in der 1. Stufe Nacherfüllung verlangen:  ⚫ Nachbesserung: Das Sofa wird repariert  ⚫ Ersatzlieferung: Es wird eine mangelfreie Ware geliefert.  Der Verkäufer hat dabei das Wahlrecht, in welcher Form die Nachbesserung erfolgt.  Ist eine Ersatzlieferung nicht möglich oder schlägt die Nachbesserung fehl (nach dem zweiten erfolglosen Versuch), kann Jonathan vom Vertrag zurücktreten.  Beispiel für den Text eines Briefs an das Einrichtungshaus:  Sehr geehrte Damen und Herren,  Sie haben mir am … ein Sofa verkauft. Bereits nach einem Monat lösen sich aufgrund der mangelhaften Verarbeitung die Nähte auf. Es liegt daher ein Gütemangel gemäß § 434 BGB vor.  Aus diesem Grund verlange ich von Ihnen Nacherfüllung nach § 439 BGB, also entweder Nachbesserung oder Ersatzlieferung bis spätestens …  Mit freundlichen Grüßen |

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | Name: | Datum: | Musterprüfung Lösungen |
|  |  | | |

Lösungen Aufgabe 2

|  |  |
| --- | --- |
| 2.1 | Sozialversicherungen: Berechnung als Prozentsatz des sozialversicherungspflichtigen Lohns bis zur Beitragsbemessungsgrenze.  Lohnsteuer: Berechnung ausgehend vom Bruttolohn. Die prozentuale Steuerbelastung steigt mit dem Einkommen (Steuerprogression). Niedriges Einkommen ist steuerfrei (Grundfreibetrag). Unterschieden in den persönlichen Verhältnissen wird durch unterschiedliche Steuerklassen Rechnung getragen (🠚 Lösung zu 2.2). |
| 2.2 | ⚫ Weniger Lohnsteuer wegen Steuerklasse III (Verheiratete) und Kinderfreibetrag für 1 Kind: Die höhere finanzielle Belastung einer Familie wird durch geringere Besteuerung teilweise ausgeglichen.  ⚫ Geringerer Beitrag zur Pflegeversicherung: Kinderlose zahlen einen Zusatzbetrag |
| 2.3 | Vorteile: Zusätzliche Betriebsrente im Alter. Auf Einzahlungen in die betriebliche Altersversorgung werden keine Lohnsteuer und keine Sozialversicherungsbeiträge erhoben (🠚 Aufstellung Anlage 2). Im Beispiel: Arbeitgeber leistet freiwillige Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge und erhöht durch seinen Zuschuss die spätere Betriebsrente.  Niedrigere Renten bei Frauen: Wegen Unterbrechungen der Berufstätigkeit durch Mutterschaft und weil sie häufig nur in Teilzeit berufstätig sind, erwerben Frauen im Durchschnitt einen niedrigeren Rentenanspruch als Männer. Die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente gleicht diesen Nachteil nur teilweise aus. |
| 2.4 | Aufgabenbereiche des Staates  ⚫ Sozialpolitik (Ausgaben): Arbeit und Soziales (Zuschüsse zu den Sozialversicherungen, Arbeitsmarktförderung, Arbeitslosengeld II usw.); Familie, Jugend (Kindergeld, Elterngeld),  ⚫ Strukturpolitik (Ausgaben): Verkehr und digitale Infrastruktur (Ausbau der Verkehrssysteme, sichere Internetversorgung),  ⚫ Wirtschaftspolitik (Ausgaben): Bildung, Forschung (staatliche Beteiligung an Forschungsprojekten, Förderung von Zukunftstechnologien und der Ausbildung der Arbeitnehmer),  ⚫ Umweltpolitik (Ausgaben): Wirtschaft und Energie (ermöglicht den Einsatz alternativer Energieträger). |
| 2.5 | Direkte Steuern werden vom Steuerpflichtigen erhoben. Dieser führt sie an das Finanzamt ab,  z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Hundesteuer, Kfz-Steuer.  Indirekte Steuern sind im Endverkaufspreis enthalten. Sie werden vom Verbraucher bezahlt, aber vom Verkäufer an das Finanzamt abgeführt, z. B Umsatzsteuer, Energiesteuer, Tabaksteuer. |
| 2.6 | Wirtschaftliches Wachstum lässt sich an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts messen. Dies soll im Einklang mit dem Umweltgedanken erfolgen. Nicht erneuerbare Rohstoffe sollen geschont und die Umweltbelastung so gering wie möglich gehalten werden. Der Wert von Gütern und Dienstleistungen bemisst sich daran, ob der Mensch sie in einem intakten Lebensraum nutzen kann. |